



Das unabhängige Onlinemagazin

BOSNIEN-HERZEGOWINA

Das Ende von Lüge und Selbstbetrug

Jürgen Buxbaum

Wer interessiert sich noch für Bosnien-Herzegowina? Der multhi-ethnische-Staat, in dem Kroaten, Serben und Bosniaken leben, steht vor dem Zerfall. Sein Schicksal wird beeinflusst vom Ringen zwischen Russland und dem Westen.

####bild00000665####Früher dachten wir, der nationalistische Hass und die politische Agonie Bosnien-Herzegowinas (BiH) werde überwunden sein, wenn die Macht der nationalistischen Parteien SDS, HDZ und SDA gebrochen sei und sie die Stimmenmehrheit der Serben, Kroaten und Bosniaken (die man im Ausland auch "bosnische Muslime" nennt) in BiH verlören [1]. Das ist längst geschehen und wir wissen nun, wie sehr wir die Tiefe der Probleme unterschätzt haben.

Heute ist es schlimmer als zuvor. Das Werben von Bosniaken bei den vormaligen Kriegsgegnern um ein Leben in einem multi-ethnischen Staat ist sinn- und würdelos, die Parteien, die die Serben und Kroaten heute vertreten, verhindern nach wie vor jeden gemeinsamen Fortschritt, BiH verharrt in politisch-wirtschaftlich-sozialer Erstarrung und - obwohl manche/r es nicht wahrhaben will - spürt doch jede/r, dass es so, wie es ist, nicht bleiben kann.

Wann wird sich die Republika Srpska abspalten?

Niemand bezweifelt ernsthaft, dass einem Referendum in der Republika Srpska (RS) über die Abspaltung von Bosnien-Herzegowina die große Mehrheit serbischer Stimmen sicher wäre. Die Frage ist nicht, ob eine solche Abspaltung stattfinden wird, sondern nur wann. Es ist unwichtig, ob uns diese Tatsache und ihre Konsequenz, nämlich das Übrigbleiben eines bosnischen Reststaates, gefällt oder nicht. Für Realisten kann es nur darum gehen, was unter solchen Umständen zu tun ist. Und zwar jetzt! [2]

Betrachten wir die Abtrennung der RS zunächst aus einem übergeordneten Blickwinkel. Haben die Bürger, sagen wir von Quebec oder von Katalonien oder des Baskenlandes oder Schottlands oder des Kosovo das grundsätzliche Recht, selbst zu bestimmen, ob sie einer als fremd empfundenen Regierung unterstehen wollen oder eine „eigene“ Regierung, einen eigenen Staat, bevorzugen? Selbst wenn man zustimmt, dass, wenn die Frage "Freiheit" lautet, die Antwort nur sehr selten "neuer Staat" sein kann - man wird aus grundsätzlichen demokratischen Erwägungen diesen Bürgern die eigene Entscheidung nicht verweigern können.

"Halt", werden die meisten Bosniaken rufen, "der Fall der RS liegt völlig anders. Die Serben haben, im Unterschied zu den genannten Beispielen, das Land, mit dem sie sich von BiH abspalten wollen, durch Mord, Vergewaltigung und ethnische Säuberung an sich gerissen. Das Land, die Dörfer und Städte, die sie für sich reklamieren, sind bis vor 20 Jahren noch zum großen Teil von uns selbst besiedelt worden und wir bestehen auf unserem Recht. Wenn sie zu Serbien gehören wollen, können sie gern gehen - aber ohne das Land, das ihnen nicht gehört."

Entrissen und einverleibt

Es stimmt, die RS, wie sie heute existiert (49% des Territoriums von BiH), ist durch Unrecht und Krieg entstanden. Unrecht, dass die sogenannte „internationale Gemeinschaft“ im Dayton-Abkommen faktisch sanktioniert hat. Ist damit die Frage nach einem Referendum über die Abspaltung der RS erledigt?

Im 19. Jahrhundert haben sich die USA fast die Hälfte des

mexikanischen Territoriums gewaltsam einverleibt (das zuvor von spanischen Eroberern den Ureinwohnern entrissen wurde). Im gleichen Jahrhundert haben Preußen und Österreich Dänemark das heutige Schleswig-Holstein genommen. Das Elsass und Lothringen hat zwischen Frankreich und Deutschland mehr als einmal den ‚Besitzer‘ gewechselt, immer durch Krieg. Etwa ein Drittel Deutschlands wurde 1945 Polen und der Sowjetunion zugeschlagen und die deutsche Bevölkerung wurde vertrieben (nachdem dieses Gebiet 800 Jahre zuvor vom Deutschen Orden der slawischen Bevölkerung auf grausame Weise entrissen wurde). Israel enteignet bis heute palästinensisches Land und vertreibt seine Bewohner. Die Aufzählung lässt sich beliebig fortsetzen und auf Zeiten und Räume ausdehnen.

Heimat im eroberten Land

Rechtfertigt dies das Unrecht, die Gewalt, das namenlose Leiden so vieler Menschen? Natürlich nicht! Hier soll uns eine andere Tatsache interessieren: Irgendwann, früher oder später, wurde geraubtes Land Heimat für Andere, für die Nachkommen der Eroberer. Kinder und Enkel wurden geboren, Zerstörtes aufgebaut, Obdach, Nahrung, Gesellschaft geschaffen. Wer das ehemals völlig zerstörte Danzig heute besucht, kann nicht bestreiten, dass sich die Polen (die größtenteils von Stalin zwangsweise aus der Ukraine umgesiedelt worden waren) ihr Land, das einmal deutsches Land war, erworben haben. Wer endloses Leid und immer neue Kriege nicht will, muss - so schmerzlich es für die gewaltsam Vertriebenen auch sein mag - eines Tages als Tatsache erkennen, dass aus vergangenem Unrecht legitime Heimat für andere Menschen geworden ist. Anderenfalls müsste man akzeptieren, wenn Ultra-Orthodoxe in Israel sagen: "Wir sind das auserwählte Volk Gottes, unsere Vorfahren waren vor 2000 Jahren schon hier, jetzt sind

„Wir; wieder da, und ihr Palästinenser verschwindet besser.“

Das Entstehen legitimer Heimat, die im Unrecht wurzelt, ist ein Prozess, der auch in der RS vor sich gehen wird, der bereits im Gange ist. Wie überall sind ein Teil der Menschen, die dort leben, solche, die selbst zuvor alles verloren haben, in deren alter Heimat heute andere leben.

Nur ein Träumer könnte behaupten, es sei für alle Zeiten illegitim, wenn die Serben in der RS ein Referendum über ihre Unabhängigkeit abhielten und diese auch vollzögen. Die Frage ließe sich allenfalls stellen, wann unrechtmäßig erobertes Land sich zu legitimer Heimat von Nachgeborenen gewandelt hat. In der ersten Generation nach den Eroberern, der zweiten, der dritten? Nach 50 Jahren, nach 100, nach 1000? Diese Frage beantwortet kein heiliges Buch und kein internationales Gesetz, sie beantwortet sich, je nach historisch-politischer Lage, unterschiedlich und oft ganz von selbst.

###bild00000666###

Milorad Dodik, Präsident der RS und Vorsitzender der Allianz der unabhängigen Sozialdemokraten **[3]** hat diese Frage gemeinsam mit seinen Gefolgsleuten bereits kurz nach dem Krieg und seitdem immer wieder beantwortet. Er wird in der RS zweifellos nicht trotz, sondern wegen seiner nationalistischen Hetze gegen den gemeinsamen Staat BiH immer wieder gewählt. Er lehnt ihn ab, er obstruiert, sabotiert und blockiert jeden Fortschritt im Land, auch dann, wenn seine serbischen Landsleute in der RS dringend eine Verbesserung ihres überwiegend armseligen Lebens brauchen, die ohne funktionierende und demokratische Strukturen illusorisch ist. Es gefällt Dodik, Sarajevo absichtsvoll "Teheran" zu nennen. Er und die Regierung der RS haben

immer wieder rote Linien überschritten und die Regeln gebrochen, die BiH von der 'Internationalen Gemeinschaft' auferlegt wurden. Früher hat das OHR [4] in solchen Fällen Konsequenzen gezogen, Sanktionen verhängt, Politiker entlassen. Dies ist offensichtlich Vergangenheit, man lässt ihn gewähren.

Unabhängige politische Beobachter kommen zu dem nicht abwegigen Schluss, dass die RS inoffizielle Signale erhalten haben müsse, dass die entscheidenden ausländischen Mächte einem Kurs nicht mehr im Wege stehen, der auf das Ende BiHs zielt, wie es heute besteht. Für diese Annahme mag einerseits sprechen, dass viele westliche Politiker, die sich seit 1992 auf dem Balkan (mit allen Fehlern, für die sie Verantwortung tragen) engagieren, nicht erst seit gestern zunehmend die Hoffnung verlieren, dass man mit der politischen Klasse und der von ihr geführten Bevölkerung in BiH noch substantielle Fortschritte erreichen könne. Seit über 20 Jahren sind Unsummen direkt oder indirekt ins Land geflossen, die Wirtschaft liegt dennoch am Boden, der Staat funktioniert nicht, seine Strukturen existieren nur rudimentär, Korruption und Misswirtschaft grassieren, die nationalistische Selbst- und Fremd-Definition prägt die meisten Serben, Kroaten und Bosniaken immer noch mehr als der Wunsch von Staatsbürgern nach einer Zukunft, einem guten Leben für sich und ihre Kinder.

Die EU, die kaum schafft, mit ihrer selbst geschaffenen Finanz- und Eurokrise fertig zu werden, deren Mittel nicht reichen, um ihren kriselnden mediterranen Mitgliedsländern aus der Patsche zu helfen, die finanziell und politisch mit den Problemen ihrer Anrainerstaaten im Osten und Süden überfordert ist, schien bisher nicht mehr willens zu sein, das bisherige Engagement auf dem Balkan fortzusetzen.

Und schließlich, wer interessiert sich noch für BiH? Die Mächte, die sein Schicksal bestimmen, haben inzwischen längst Wichtigeres zu tun: Die Kriege in der Ukraine und Palästina, in Libyen, Syrien, Irak und Afghanistan, die zerfallende Atommacht Pakistan, die Spannungen mit Russland, die Atomgespräche mit dem Iran, der Aufstieg der BRICS-Staaten, die Kräfteverschiebungen in Asien im Zusammenhang mit dem neuen Selbstbewusstsein Chinas, islamistischer Terrorismus in Afrika, dem Nahen Osten und anderswo, Finanzkrisen und globale Erwärmung ... Und man kann auch nicht ausschließen, dass 'der Westen' vielleicht Zugeständnisse in der serbischen Frage an Russland erwägen könnte, dessen Kooperation man in der Ukraine, in Syrien und anderswo braucht.

Andererseits dürfte das neuerlich verstärkte Ringen von EU und USA mit Russland um Einflusszonen auf dem Balkan den Zerfall BiHs, wie es heute besteht, befördern. Das sinkende Interesse westlicher Politiker an BiH scheint jedenfalls seit dem Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen in der Ukraine einem neuen geostrategischen Blick auf den Balkan Platz zu machen.

Die deutsche Bundesregierung hat die Regierungschefs, Außen- und Wirtschaftsminister von Albanien, BiH, Kosovo, Kroatien, Montenegro, Mazedonien, Serbien, Slowenien sowie die Vertreter der EU Kommission am 28. August 2014 zu einer eintägigen Konferenz nach Berlin eingeladen. Neben vielen netten Worten in der Abschlusserklärung fällt vor allem auf, dass den beteiligten Ländern eine Zukunft in der EU und wirtschaftliche Unterstützung versprochen wurde. Außerdem wurde vereinbart, derartige Konferenzen von nun an jedes Jahr durchzuführen.

Der Einfluss Russlands

Als es dann in der Sitzung des UN-Sicherheitsrates am 11. November 2014 um die erneute Verlängerung des Mandats der in BiH stationierten EUFOR-Friedenstruppen ging, drohte Russland erstmals damit, gegen die Verlängerung des Mandats zu stimmen. Presseberichten zufolge erklärte der russische UN-Botschafter Tschurkin, Russland sei gegen jegliche internationalen Truppen in Bosnien, weil diese die Integration des Landes in die EU und die Nato beförderten. Nach Drohungen Großbritanniens, bei einer russischen Blockade Nato-Truppen in Bosnien einzusetzen, enthielt sich Russland schließlich erstmals der Stimme. Russland hatte schon zuvor im Friedensimplementierungsrat für BiH erkennen lassen, dass es die Existenz des Landes in seinen jetzigen Grenzen nicht mehr garantieren wolle. Einige Jahre zuvor hatte Russland die Integration der Jugoslawien-Nachfolgestaaten in die EU noch befürwortet.

Es ist nicht schwer zu bestimmen, wo die derzeitigen Einflusszonen auf dem westlichen Balkan verlaufen. Slowenien, Kroatien und Kosovo sind sicher kein Ziel für russische Avancen. Serbien dagegen laviert deutlich. Der wirtschaftliche Einfluss Russlands ist groß, es kontrolliert insbesondere den serbischen Energiesektor, und seit 2013 existiert ein Abkommen über eine strategische Partnerschaft mit Russland.

Und BiH? Angesichts der eindeutig verteilten Sympathien der Politiker und der Bevölkerung der beiden Entitäten im Land wird es weder 'dem Westen' noch Russland möglich sein, das Land als Ganzes der eigenen Einflussphäre zuzuschlagen. Milorad Dodik, der Präsident der RS, der ebenfalls gegen die ausländischen EUFOR-Truppen im Land ist, behauptet, er habe aus seinen wiederholten Reisen nach Moskau die Versicherung mitgebracht, die

russische Regierung werde in allen internationalen Gremien die Interessen der RS vertreten. Zudem informierte er die Presse über russische Kreditzusagen über 270 Millionen Euro.

Zusammengefasst: Der in Armut, andauernden Spannungen und Dysfunktionalität versunkene Zustand BiHs kann unmöglich unbegrenzt fort dauern, ein demokratischer Aufbruch, geschweige denn in multiethnischer Kooperation, ist nirgendwo in Sicht. Ausländische Interessen, die zunehmenden Spannungen in Europa zwischen dem Westen und Russland, verstärken die internen Zentrifugalkräfte in BiH und verhelfen ihnen sogar möglicherweise zum beschleunigten und entscheidenden Durchbruch. Die Abspaltung der RS ist der erste Schritt, der den balkanischen Knoten durchhauen wird.

Das bedeutet nicht, dass die Separation der RS reibungslos und ohne Zusammenstöße verlaufen wird. Vielen Bosniaken wird es mehr als schwer fallen, den Serben Srebrenica und die Gräber ihrer Angehörigen zu überlassen, die von Serben ermordet wurden. Die geographische Gestalt der RS ist ungünstig und mag zu Forderungen nach Gebietsaustausch führen. Die vage Konstruktion des Distriktes Brčko, der die RS in zwei Teile teilt, ruft bei einer Neuordnung der Landkarte nach Spannungen. Um die Frage der Aufteilung der Schulden und von staatlichem Eigentum wird es Streit geben. Dennoch, Probleme dieser Art haben Separatisten noch nie aufgehalten.

Zwei Szenarien für die Zukunft

Nach der Abspaltung der RS bleibt zunächst ein Rumpfstaat zurück, bestehend aus 51 Prozent des heutigen BiH und überwiegend besiedelt von Bosniaken in Bosnien und Kroaten in der West-Herzegowina.

Die Haltung der meisten Politiker, die die Kroaten in BiH repräsentieren, gab und gibt nicht viel mehr Anlass zu Optimismus als die Milorad Dodiks, wenn es um eine gleichberechtigte und demokratische Zukunft BiHs geht mit gleichem Status aller Bürger. Nach der Abspaltung der RS darf man davon ausgehen, dass auch die Kroaten das Recht für sich fordern werden, sich von den Bosniaken zu trennen, die angeblich danach streben, sie zu dominieren [5]. Der bosnisch-kroatische Irredentismus ist hinreichend belegt.

Nicht wenige in Bosnien und dem westlichen Balkan träumen von einer Lösung der lang anhaltenden Probleme auf einen Schlag, und zwar durch einen Beitritt zur EU. Dies war bereits einmal von den deutschen Grünen während des Bosnien-Krieges vorgeschlagen worden. Schon damals gab es keine Bereitschaft der EU-Länder, den Krieg durch das Angebot einer EU-Erweiterung zu beenden und sich damit unabsehbare Probleme und Konflikte ins Haus zu holen. Auch heute wäre die Perspektive, die nach der Aufnahme von Slowenien und Kroatien verbliebenen ex-jugoslawischen Staaten - erneut quasi als Notmaßnahme zur Befriedung - gemeinsam aufzunehmen, aus EU-internen, ebenso politischen wie finanziellen Gründen völlig illusorisch.

Aber wäre es zumindest denkbar, dass der Westen die Möglichkeit einer kleinen Lösung erwägt, um den Risiken neuer Spannungen im bosniakisch-kroatischen Rumpfstaat in Form einer Föderation oder Konföderation mit dem EU-Mitglied Kroatien zu begegnen? Diese Lösung hätte den Vorteil, dass die bosnischen Kroaten endlich zu Hause wären, es würde den Ehrgeiz einiger Politiker in Kroatien befriedigen, ihr Ego proportional zum

Staatsgebiet zu vergrößern und den Bosniaken würde es die Möglichkeit bieten, ohne eigenes Zutun Mitglied der EU zu werden und in EU-Subventionen die Lösung ihrer miserablen Lebensbedingungen zu suchen. Die kroatische Abspaltung vom Reststaat BiH wäre obsolet, die eventuelle Sorge westlicher Politiker vor einem muslimischen Staat in Europa hätte sich erledigt, und die „kleine Lösung“ würde nur ein überschaubares Gebiet mit einer überschaubaren Anzahl von Menschen betreffen.

Allerdings gäbe es unter den Bosniaken auch Widerstand gegen diese Lösung. Trotz aller Kriegserfahrungen fühlt man sich der Mentalität der Serben näher als der der Kroaten. Eigentlich traut man diesen nicht, insbesondere wenn sie in einem neuen Staatsgebilde unvermeidlich die erste Geige spielen würden. Aus kroatischer Sicht dagegen würde man sich durch eine solche Lösung wohl mehr Probleme als Vorteile einhandeln, Probleme wirtschaftlicher, administrativer, politischer Natur. Sich in einem neuen Staatsgebilde mit einem wirtschaftlich und infrastrukturell unterentwickelten Gebiet zu verbinden, mit dessen Bevölkerung durch den zurück liegenden Krieg kein spannungsfreies Zusammenleben zu erwarten ist, würde nicht zuletzt viel Geld erfordern, Geld, das Kroatien nicht hat - und die EU auch nicht. Insgesamt spricht unter den gegebenen Umständen realistisch betrachtet mehr gegen als für dieses Szenario.

Wahrscheinlicher ist, dass man nach der serbischen Separation auch einer kroatischen keinen Widerstand entgegen setzen kann oder will. Ergebnis der Kettenreaktion - und dies ist das wahrscheinlichere Szenario - ist das Entstehen eines bosnischen Kleinstaates, der in großer Mehrheit von Bosniaken bewohnt sein wird, die sich entweder im religiösen oder im kulturellen Sinne als Muslime verstehen. Und da sich

der Versuch eines funktionierenden multi-ethnischen Staates von drei sich vormals bekämpfenden Nationalitäten als gescheitert erweist, ist diese Lösung nicht nur unvermeidlich - sie muss ebenso wenig eine schlechte sein. Es gibt auch andere kleine Staaten ohne direkten Zugang zum Meer - es kommt darauf an, was man daraus macht, genauer: was die Bosniaken daraus machen.

Dieses Szenario, das wahrscheinlichste und realistischste unter den gegebenen Umständen, erfordert ernste und rechtzeitige Vorbereitungen und Anstrengungen, von den bosniakischen Politikern und intellektuellen Eliten ebenso wie von der breiten Bevölkerung. Man gewinnt jedoch nicht den Eindruck, dass sich jemand ernsthaft dieser Herausforderung stellt.

Die Bosniaken trinken Kaffee, ihre politischen Führer füllen sich die Taschen, und alle verdrängen die Realität oder starren wie das Kaninchen auf die Schlange, obwohl sich die Zeit der Lüge und des Selbstbetrugs notgedrungen dem Ende zuneigt, zuneigen muss.

Der zukünftige Staat Bosnien wird vor großen internen Herausforderungen stehen. Ob dabei Hilfe von außen kommt - und von welcher Seite - wird davon abhängen, wie die Bosniaken selbst mit diesen Herausforderungen umgehen.

Die offensichtlichste Herausforderung ist die desaströse wirtschaftliche Lage, die geringfügige Industrieproduktion, die hohe Arbeitslosigkeit, die schlechte Infrastruktur, die leeren öffentlichen Kassen. Dieser Zustand liegt nicht zuletzt an einer in weiten Teilen inkompetenten, korrupten und selbstsüchtigen politischen Klasse. Dieses Problem ist entscheidend, und die Bevölkerung wird sich seiner dringend annehmen müssen. Dazu bedarf es eines kulturellen oder Mentalitätswandels, der darauf zielt, sich zu organisieren, nicht mehr auf Führer zu starren, denen man passiv und fatalistisch die Entscheidungen überlässt. Die politischen Selbst-Bediener

sind gut organisiert, ebenso wie die kriminellen Banden - die vielen klugen, tatkräftigen und gutwilligen Menschen, die noch nicht ausgewandert sind, sind es nicht.

Potential für Veränderung

Die sozialen Unruhen zu Beginn des Jahres 2014, die sich interessanterweise vor allem auf die Landesteile mit bosniakischer Mehrheit konzentrierten, gaben in dieser Hinsicht viel Anlass zu Hoffnung. Zum ersten Mal nach dem Krieg standen Bürger in großer Zahl auf gegen Politiker, die ihnen nichts anderes boten als Arbeitslosigkeit, Armut und Hoffnungslosigkeit. Während sich die offiziellen Gewerkschaften passiv und abstinert verhielten, äußerte sich die Frustration der Bürger nicht nur in brennenden Regierungsgebäuden, sondern auch in Bürgerversammlungen, in denen Alternativen zur heutigen politischen Lage diskutiert wurden. Diese Ereignisse zeigen das Potenzial für Veränderung, obwohl es leider scheint, dass es noch nicht zu einer nachhaltigen Bewegung kam, die die Mehrheit der Menschen dauerhaft mobilisierte und mit einbezog.

Eine Aufbruchsstimmung wird auch in anderer Hinsicht notwendig sein. Die Muslime in Bosnien sind keine homogene Gruppe. Viele sind eher im kulturellen als im strengen religiösen Sinne sunnitische Muslime, die sich kulturell und historisch als Europäer fühlen. Im Gefolge des Krieges haben sich mit ausländischer Unterstützung aber auch Gemeinden radikaler Muslime zusammengefunden, die aktiv für einen politischen Islam eintreten, Menschen, die sich dem Wahabismus und Salafismus zugehörig fühlen.

Ihre politisch-ideologischen Ziehväter aus Saudi-Arabien, den Emiraten

usw. haben in Bosnien seit langem einen Fuß in der Tür, sei es in weiser Voraussicht oder durch glückliche Fügung. Viele der Moscheen, die seit fast 20 Jahren in jedem Dorf, an jeder Ecke gebaut werden, werden von ihnen finanziert, ebenso wie dazu gehörige Schulen und soziale Treffpunkte. Die eindrucksvollen Gebäude, die ihre Investitionen vor allem im tertiären Sektor zieren, demonstrieren dem Bürger augenfällig, dass ihre finanziellen Mittel unbegrenzt sind. Sie könnten bereit sein, wenn der neue Staat und seine Politiker Geld brauchen - und sie werden es brauchen! - mehr zu investieren und Kredite zur Verfügung zu stellen. Aber wer die Kapelle bezahlt, bestimmt die Musik, die gespielt wird.

Der bosnische Islam

In den bosnischen Dörfern herrscht vielfach eine Armut, die manchem Entwicklungsland auf anderen Kontinenten nicht nachsteht. Dort Lebensmittel, Kleidung und Medikamente zu verteilen, wird zweifellos Sympathie und Unterstützung für die Spender schaffen. Bereits heute erzählen Bosniaken aus ihrem Bekanntenkreis und der Nachbarschaft von armen Familien, die von "den Religiösen" finanzielle Unterstützung erhalten und dafür einen "den Gläubigen angemessenen Lebenswandel" führen, nach außen sichtbar vor allem an der Bekleidung der Frauen. In den Städten wird es nicht schwer sein, Beschäftigte in Unternehmen mit Kapital aus strenggläubigen Ländern daran zu erinnern, dass die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes an einen gewissen Lebenswandel geknüpft ist.

Andererseits ist es schon während des Krieges und danach zu Zusammenstößen zwischen Bosniaken und den sogenannten Mudschaheddin gekommen, die damals noch oft ausländische Kriegsfreiwillige waren, wenn diese z. B. Liebespaare bedrohten, die sich

öffentlich an der Hand hielten oder wenn Strenggläubige bosniakische Imame aus Moscheen vertreiben wollten. Man muss sicher davon ausgehen, dass eine oben beschriebene Entwicklung zu schweren Konflikten zwischen denen führen wird, die einer aus Arabien importierten Interpretation des Koran folgen, und breiten Kreisen von Bosniaken, die einen europäischen Lebensstil pflegen und einer ihnen angemessener erscheinenden Glaubensrichtung folgen wollen. Wer eine solche Auseinandersetzung für sich entscheiden würde, wird von mehreren Faktoren abhängen: Der wirtschaftlichen und sozialen Lage des Landes - wie gesagt, die Mittel arabischer Geldgeber sind unbegrenzt -, den Politikern, die das Land regieren werden, der globalen Weltlage, die das Verhalten ausländischer Mächte bestimmen, und der Vorbereitung der Bosniaken selbst.

Diese müssen sich vor allem endlich der Realität stellen, dass das stetige Werben um ein Zusammenleben mit den Serben und Kroaten in staatlicher Einheit, für das sie oft bereit waren, Vorleistungen zu erbringen, sinnlos ist. Sie müssen sich vom lähmenden Zustand des Wartens verabschieden, des Wartens, dass irgendetwas passiert, dass irgendjemand etwas unternimmt, dass irgendjemand sich um ihre Probleme kümmert. Die Bosniaken werden endlich realisieren müssen, dass denjenigen, der sich der Politik nicht rechtzeitig zuwendet, die Politik von hinten überfällt. Der Selbstbetrug muss ein Ende haben und einem öffentlichen Diskurs Platz machen, einem Diskurs, in dem die intellektuelle Elite und die Bevölkerung definieren, wer sie sind und welche Interessen sie als Nationalität haben **[6]**. Auf dieser Basis erst kann man in faire Interaktion mit anderen Nationalitäten treten. Ein solcher Diskurs wird notwendig dazu führen, Fragen zu beantworten wie: Wie wollen wir leben? Wie soll der Staat aussehen, in dem wir leben werden? Wie müssen Politiker beschaffen sein, die uns führen wollen?

Zweifellos gewinnt die Frage muslimischer Kultur und muslimischen Glaubens, ihr Verhältnis zu Anders- und Nichtgläubigen etc., eine zentrale Bedeutung, wenn die Bosniaken ihre Identität selbst definieren. Es wäre ein großer Gewinn für die Bosniaken, für Europa und für den Islam, wenn von Bosnien ein theologisches Konzept für die Gestalt und den Charakter eines europäischen Islam ausginge. Eine solche Variante des Glaubens hatte bereits im Mittelalter eine Chance sich zu entwickeln, z. B. durch frühe Vordenker wie Ibn Ruschd/Averroes. Ein dezidiert europäischer Typus des Glaubens würde dem Islam nicht widersprechen, der geschichtlich und aktuell verschiedene Glaubensrichtungen entwickelt hat, im Gegenteil, er würde eine historisch wichtige Bereicherung seiner Vielfalt darstellen. Es wäre vielleicht ein Islam, der die europäische Ideengeschichte zum Verhältnis von Vernunft und Glauben aufnähme, der für ein gleichberechtigtes Verhältnis von Mann und Frau einträte, der auf die Herausforderungen einer globalisierten Wirtschaft, hoch arbeitsteiliger Gesellschaften, verbreiteter Konsummentalität, moderner Technik und dem Zusammenleben vieler Kulturen andere Antworten anböte als Steinigung und Hand abhacken, ein Islam, der Toleranz statt Gewalt propagierte im Zusammenleben mit Andersgläubigen. Eine solche Form des Glaubens und des Lebens läge den Bosniaken als Europäern nicht fern. Um sie in eine theologische Interpretation des Korans zu fassen, eine Interpretation, die Freiheit atmet und nicht Angst und Bedrängnis, müssten Intellektuelle und vor allem die bosniakischen Imame die Initiative ergreifen.

Ein solcher Beitrag zur europäischen Kultur wäre ein großer Gewinn für alle Völker des Kontinents, die als Christen, Juden, Muslime, Buddhisten, Hinduisten, Agnostiker und Atheisten aller Couleur friedlich zusammen leben wollen. Der rechtzeitige Diskurs darüber, wer die Bosniaken sind,

wie sie sein und leben wollen, wäre der wichtigste Schutz gegen fremde Ideologien, die man versuchen könnte ihnen aufzuzwingen. Ein zukünftiges Bosnien, das integraler Bestandteil Europas ist und sein will, wird gute Chancen haben, bei seiner Entwicklung auf die Unterstützung friedlicher Nachbarn rechnen zu können. Aber meine Großmutter sagte: "Hilf Dir selbst, dann hilft Dir Gott". Das gilt auch für die Hilfe unter Menschen.

[1] Am Ende des Bosnienkrieges wurde der Staat BiH 1995 im Dayton-Friedensabkommen auf der Basis zweier weitestgehend autonomer ‚Entitäten‘ konstituiert, der bosniakisch-kroatischen Föderation (FBiH) und der überwiegend serbisch besiedelten Republika Srpska (RS), die jeweils weiter von den nationalistischen Eliten der Kriegszeit regiert wurden.

[2] Denjenigen, die die Hauptschuld am bosnischen Krieg tragen, werden diese Bemerkungen gefallen und die Anderen werden empört sein und "Verräter” rufen. Aber die politische Realität schert sich weder um Meinungen noch um Emotionen.

[3] Seine Partei Savez Nezavisnih Socijaldemokrata, SNSD, war übrigens bis August 2012 Mitglied der Sozialistischen Internationale(!).

[4] Office of the High Representative. Es wurde 1995 durch den UN-Sicherheitsrat geschaffen und ist dem aus 50 Staaten bestehenden Friedensimplementierungsrat verantwortlich. Das OHR überwacht die Einhaltung der Regeln, die einen funktionierenden Staat BiH zum Ziel haben und kann Politiker ent- und Gesetze erlassen.

[5] Der Zerfall Jugoslawiens wurde von Beginn an von der Frage begleitet: "Warum sollen wir bei euch Minderheit sein, wenn ihr es ebenso bei uns sein könnt?"

[6] Über lange Jahre im Tito-Jugoslawien wurde den Bosniaken eine eigene Identität abgesprochen, viele können ein solche bis heute nicht klar definieren, und manche wurden sich einer eigenen Identität erst im letzten Krieg vage bewusst, als sie mit dem Tode bedroht wurden nur weil sie Bosniaken waren.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Der Artikel ist im Onlinemagazin www.iley.de erschienen. Das vorliegende PDF enthält keine Multimedia-Dateien, diese können online eingesehen werden. Weitere Artikel zum Thema und die Möglichkeit einer Kommentarabgabe finden Sie unter

<http://iley.de/?article=00001843>

Infos zum Onlinemagazin

iley ist ein unabhängiges Onlinemagazin, das eine Alternative zum gedruckten wie auch digitalen Mainstream anbietet. Neben Journalisten, Wissenschaftlern, Schriftstellern und Künstlern schreiben und gestalten jede Menge anderer Normalsterblicher bei iley mit.

Herausgeber

Michael Billig, Münster

Marcus Häußler, Weimar

Tim Köhler, Erfurt

Kontakt

info@iley.de